

# Übersichten

## Außenpolitik

### \* (1) Außenminister Schewardnadse auf China-Besuch

Nachdem Chinas Außenminister Qian Qichen vom 1.-3. Dezember 1988 die UdSSR besucht hatte (es war das erste sino-sowjetische Außenministertreffen seit 31 Jahren) (Näheres dazu C.a. November 1988, Ü4), ist nun sein sowjetischer Amtskollege Schewardnadse vom 2.-4. Februar 89 nach Beijing gekommen. Hauptthema der Besprechungen, in die auch Deng Xiaoping einbezogen wurde, war die Vorbereitung des sino-sowjetischen Gipfeltreffens. Deng Xiaoping bezeichnete als Ziel dieses Treffens, "mit der Vergangenheit Schluß zu machen und sich für die Zukunft zu öffnen".

Das kommende Gipfeltreffen stehe im Zeichen gemeinsamer Modernisierungsbemühungen beider Länder, die auch das "kreative Potential des Sozialismus" erneuern sollten.

Drei Fragen standen im Mittelpunkt, nämlich (1) die Vereinbarung eines Gipfeltreffens, das auf Mai 1989 anberaumt wurde, (2) die Kambodscha-Frage und (3) die "volle Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern", (so Schewardnadse in Tass, SWB, 6.2.89). Schewardnadse legte vor allem, auf das Wort "Normalisierung" Wert. Offensichtlich wolle er damit auch andeuten, daß es höchstwahrscheinlich zur Wiederaufnahme von Parteibeziehungen zwischen beiden Seiten komme. Die sowjetische Seite habe bei den Besprechungen ihre neue Militärdoktrin erläutert, die auf dem Prinzip einer ausreichenden Defensivkapazität beruhe. Die Sowjetunion wolle, erstens, in den östlichen und südlichen Teilen des Landes die Truppen um 200.000 bzw. 60.000 Mann reduzieren. Zweitens würden - und zwar aufgrund eines Abkommens mit der Mongolischen Regierung - Dreiviertel

aller sowjetischen Truppen aus der MVR abgezogen. Drittens würden Formationen und Einheiten, die im sino-sowjetischen Grenzbereich stationiert seien, nach Defensivgesichtspunkten umgebaut. Viertens werde in Betracht gezogen, daß die chinesische Seite ihre bewaffneten Kräfte ebenfalls einseitig reduziert habe. All diese Entwicklungen gäben einen guten Hintergrund für die Normalisierung und für weitere Gespräche. Man solle sich künftig weiterhin über folgende Punkte unterhalten: Vorrangige Reduktion offensiver Komponenten bei den Streitkräften; Abbau der bereits reduzierten Einheiten; Limitierung der militärischen Übungen; Einrichtung von gegenseitigen Kontroll- und Verifizierungsinstrumenten hinsichtlich der noch verbleibenden Truppen. Es sollten diplomatische und militärische Expertengruppen eingerichtet werden, die diese Fragen näher untersuchen mögen.

Auch hinsichtlich des asiatisch-pazifischen Bereichs seien Entmilitarisierungsansichten geäußert worden. Beide Seiten seien nicht nur Mitglieder im Ständigen Ausschuß des Sicherheitsrats, sondern auch Pazifikanlieger, und deshalb an Fragen des APR unmittelbar interessiert.

Die Normalisierung müsse durch Beziehungen im Handels-, Wissenschafts- und Technologie-Bereich flankiert werden.

Schewardnadse bedauerte anschließend, nicht mehr Zeit für einen ausführlicheren Besuch in China gehabt zu haben. Lediglich die Große Mauer habe er besichtigen können.

Anschließend gab er den Journalisten noch Gelegenheit zu Fragen. Angesprochen auf den Rückzug der sowjetischen Truppen aus der Mongolei wies er darauf hin, daß der genaue Zeitplan erst noch bekanntgegeben werden müsse. Der gesamte Prozeß werde jedoch innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein. Weitere Ein-

zelheiten würden von einer mongolisch-sowjetischen Expertengruppe ausgearbeitet.

Ferner betonte der Außenminister nochmals, daß bis 15. Februar der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan beendet sei.

Vermutlich würden bei den bevorstehenden Gesprächen zwischen Gorbatschow, Deng Xiaoping, Li Peng und Zhao Ziyang auch die Partei-Beziehungen wieder aufgenommen.

Die sino-sowjetische Verständigung gehe nicht auf Kosten dritter Länder, also auch nicht auf Kosten der VR Kambodscha. Das Kambodscha-Problem müsse politisch gelöst werden. Beide Seiten hätten aber ihre Bereitschaft ausgedrückt, die Waffenlieferungen zugunsten der von ihnen unterstützten Seite einzustellen. Die Sowjetunion trete für den Rückzug der vietnamesischen Truppen ein. Die Regierung der SRV habe auch bereits einen genauen Rückzugsplan bekanntgegeben, der von Moskau begrüßt werde. Die sowjetische und die chinesische Seite stimmten in "fast allen Fragen hinsichtlich der äußeren Aspekte der Streitregelung, der internationalen Verifikation und der internationalen Garantien überein"; es bestehe eine "Vereinbarung über die Einstellung von Waffenlieferungen an die kriegsführenden Parteien", die Hand in Hand mit dem Truppenrückzug wirksam werde. Ferner werde der Meinungsaustausch zwischen Moskau und Beijing über die Kambodscha-Frage fortgeführt. Die Sowjetunion wolle sich bemühen, den "Inter-Khmer-Dialog" zu fördern, damit die kambodschanische Frage möglichst von den Kambodschanern selbst gelöst werde. Lediglich bei den "internen Aspekten der Streitregelung" gebe es noch einige Meinungsverschiedenheiten. (Ebenda)

Bereits bei seiner Bankett-Rede am 2. Februar hatte Schewardnadse erneut den Plan Gorbatschows zur Schaffung eines "Systems der Sicherheit und Kooperation im asiatisch-pazifischen Raum" erwähnt. (Tass in SWB, 4.2.89)

Mit Deng Xiaoping traf Schewardnadse am 4. Februar in Shanghai zusammen und überreichte ihm einen persönlichen Brief Gorbatschows. Deng deutete bei dieser Gelegenheit u.a. auf die "drei Haupthindernisse" hin, die ja nun nach und nach beseitigt würden. Es muß für ihn eine große Be-

riedigung gewesen sein, daß sich die chinesische Konstanz bei der Verfolgung dieser "drei Punkte" jetzt auszuwählen beginnt.

Auf einer längeren Zeitachse gesehen bedeutete das Jahr 1988 den Durchbruch im sino-sowjetischen Verhältnis - das "Jahr des Drachens" wurde in China immer schon als ein Jahr des Glücks angesehen. 30 Jahre lang waren die beiderseitigen Beziehungen gestört und zeitweise sogar äußerst zugespitzt; doch dann ging alles sehr eilig, vor allem was die Beseitigung der "drei Hindernisse" anbelangt: (1) Zuerst verpflichtete sich die Sowjetunion im Genfer Abkommen über Afghanistan, alle ihre Truppen bis zum 15. Februar 1989 aus ihrem südlichen Nachbarland abzuziehen. Aus der Mongolischen Volksrepublik wurden bereits 1987 erste Einheiten abgezogen; Ende 1988 erklärte Gorbatschow vor der UNO-Versammlung, daß der größte Teil der sowjetischen Truppen aus der MVR sowie aus den chinanahen Gebieten der UdSSR reduziert werde. Und schließlich bewegte sich Moskau auch (3) in der Kambodscha-Frage. Hatte es früher jedes Gespräch zu diesem Punkt unter dem Vorwand abgelehnt, die UdSSR habe damit nichts zu tun, so zeigte sie sich nun diskussionsbereit.

Die Normalisierungsgespräche hatten 1978 begonnen, waren 1979 angesichts des Einmarsches der Sowjet-Truppen in Afghanistan wieder abgebrochen und erst 1982 wieder aufgenommen worden - jeweils auf Vize-Außenminister-Ebene. Hatte das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern 1981 lediglich 410 Mio. Schweizer Franken betragen, so war es 1988 auf 4,9 Mrd. SFr angestiegen. 1988 auch hatten beide Seiten 450 Studenten ausgetauscht - 1983 waren es gerade erst 10 gewesen. Ferner entsandten beide Seiten i.J. 1988 nicht weniger als insgesamt 400 Delegationen - eine Frequenz, die noch 1982 kaum voraussehbar gewesen wäre.

Auch im beiderseitigen Grenzbereich gibt es Bewegung. Am 15. Januar beispielsweise kamen die ersten sowjetischen Touristen nach Heihe. (XNA, 16.1.89) Gleichzeitig steigt der Grenzhandel. Mitte Januar tagte die sowjetisch-chinesische Kommission für gemeinsame Grenzflußnutzung und am 28. Dezember wurde ein Abkommen für die Verbindung der beiden Eisenbahnköpfe von Wusu in der Autonomen Region Xinjiang zum Ala-Paß an

der sino-sowjetischen Grenze unterzeichnet, wonach die Sowjetunion die chinesische Seite mit Eisenbahnausrüstungsgütern beliefern wird, wofür die VR China Landwirtschaftsprodukte liefert. (XNA, 29.12.88)

Aus einer Grenze der Spannungen müsse die sino-sowjetische Grenze zu einem Gebiet des Friedens, der Freundschaft und der guten Nachbarschaft werden, hieß es.

Bereits Mitte Dezember war die erste sino-sowjetische Städtepartnerschaft vereinbart worden, nämlich zwischen Shanghai und Leningrad.

Auch drei Joint Ventures stehen kurz vor ihrer Gründung, die allerdings ohne große wirtschaftliche Bedeutung sind und eher Symbolcharakter besitzen, u.a. eine Papiermühle und eine Fabrik für Thermosflaschen.

Mit Wohlwollen beurteilt China nicht nur die Reformbemühungen der UdSSR, sondern beglückwünscht den Kreml auch zu seinen diplomatischen Erfolgen sowohl gegenüber den USA und Westeuropa als auch im asiatisch-pazifischen Raum. Besonders begrüßenswert sei der Vorrang, den Moskau neuerdings seinen Außenwirtschaftsbeziehungen einräume. Es entspreche damit einem Trend der Zeit. (XNA, 30.12.88)

Bei allem Optimismus aber kommen von chinesischer Seite immer wieder zwei Einschränkungen ins Spiel: (1) eine "Rückkehr zu den 50er Jahren" sei für China undenkbar; d.h. es gebe keine "einseitige Anlehnung" Chinas an Moskau mehr; Beijing betreibe vielmehr eine "unabhängige Außenpolitik"; die Normalisierung des Verhältnisses zu Moskau werde die freundschaftlichen Beziehungen Chinas zu anderen Ländern nicht beeinträchtigen. (2) Das Verhältnis zu Moskau beruhe auf den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und werde den weltweiten Übergang von der Konfrontation zum Dialog, zur Stabilisierung der internationalen Lage, zum Frieden und zur Entwicklung in der Welt beitragen. (BRu 1989, Nr.5, S.4 f.)

Wenn die Sowjetunion vor allem als pazifische Macht anerkannt werden will, muß sie auf wirtschaftlichen Erfolg programmiert sein. Aus wirtschaftlicher Sicht ist die UdSSR noch auf lange Zeit keine attraktive Alternative zu den USA. Kein Wunder, daß Moskau in Asien vorerst wenig Gehör findet. -we-

\*(2)

### Die chinesisch-sowjetische Erklärung zur Kambodscha-Frage

In Beijing wurde folgendes Protokoll zur Kambodscha-Frage herausgegeben (zitiert im Wortlaut):

"Der Außenminister der VR China, Qian Qichen, und der Außenminister der UdSSR, E.A. Schewardnadse, haben während ihrer Zusammenkunft in Beijing ernsthafte und offene Gespräche über eine Regelung der Kampuchea-Frage geführt und Übereinstimmung in folgenden Punkten erzielt:

(1) Beide Seiten treten für eine möglichst bald zu treffende faire und vernünftige politische Regelung der Kampuchea-Frage ein und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, bei der Erreichung dieses Ziels nach Kräften mitzuwirken.

(2) Beide Seiten vertreten die Ansicht, daß der vietnamesische Truppenabzug aus Kampuchea ein wichtiges Element der politischen Regelung des Kampuchea-Problems ist. Sie nehmen Kenntnis von der von Vietnam angekündigten Entscheidung, spätestens bis Ende September 1989 alle Truppen aus Kampuchea abzuziehen und hoffen, daß die Durchführung des Beschlusses den Verhandlungsprozeß über eine Regelung anderer Aspekte der Kampuchea-Frage erleichtert. Nach dem vollständigen Abzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea sollte es auf dem Hoheitsgebiet Kampucheas keine fremden Truppen und Militärstützpunkte mehr geben.

(3) Beide Seiten sind der Meinung, daß mit dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea sämtliche infragekommenden Länder ihre Militärhilfe allseitig und allmählich verringern und schließlich völlig einstellen sollten.

(4) China und die Sowjetunion sind der Meinung, daß die inneren Probleme Kampucheas durch Verhandlungen zwischen den Parteien in Kampuchea auf der Grundlage der nationalen Aussöhnung und frei von äußerer Einmischung gelöst werden sollten. Beide Seiten begrüßen den Dialog zwischen den vier Parteien in Kampuchea und hoffen, daß sich dieser Dialog auf fruchtbare Weise entwickelt.

Die chinesische Seite tritt für die Bildung einer Provisorischen Koalitionsregierung in Kampuchea unter Führung von Prinz Sihanouk und mit paritätischer Vertretung aller vier Seiten ein. Die sowjetische Seite ist bereit, eine Einigung zwischen den vier Parteien in Kampuchea im Hinblick auf die Schaffung eines Provisorischen Organs unter der Leitung Sihanouks und mit paritätischer Beteiligung aller vier Seiten zu unterstützen. Dieses Organ sollte keiner Partei in Kampuchea untergeordnet sein; seine Aufgabe soll darin bestehen, Vereinbarungen durchzuführen, die von den Parteien in Kampuchea erzielt wurden, und freie Wahlen auszurichten. China und die Sowjetunion werden die Ergebnisse künftiger freier Wahlen in Kampuchea respektieren.

(5) Beide Seiten sind der Auffassung und haben ein Interesse daran, daß nach dem Abzug ausländischer Truppen aus Kampuchea keine gefährliche Lage entsteht und im Lande kein Bürgerkrieg ausbricht. Beide Seiten werden eine Einigung zwischen den vier Parteien Kampuchreas über wirksame Maßnahmen begrüßen, die derartige Entwicklungen verhindern können, vor allem Maßnahmen zur Verhinderung potentieller feindseliger Militäraktionen, zum Einfrieren der Streitkräfte und besonders zu deren Verringerung. Beide Seiten treten dafür ein, daß es in Kampuchea keine Rückkehr zur Politik und zu den Praktiken der jüngsten Vergangenheit mehr geben soll. Die chinesische und die sowjetische Seite halten es für erforderlich und wichtig, einen wirksamen internationalen Kontrollmechanismus zu schaffen und eine strikte internationale Überwachung des vietnamesischen Truppenabzugs, des Friedens in Kampuchea und der Durchführung freier Wahlen zu garantieren.

(6) Beide Seiten sind der Meinung, daß die Vereinten Nationen bei einer politischen Regelung der Kampuchea-Frage angesichts der sich abzeichnenden neuen Bedingungen eine angemessene Rolle spielen können. Beide Seiten treten für die Einberufung einer internationalen Kampuchea-Konferenz ein, sobald die Verhältnisse dafür reif sind.

(7) Beide Seiten meinen, daß nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus Kampuchea eine internationale Garantie hinsichtlich des Status von Kampuchea als eines unabhängigen,

friedlichen, neutralen und blockfreien Staates abgegeben werden sollte. China und die Sowjetunion bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, sich an dieser internationalen Garantie zu beteiligen.

(8) Beide Seiten sind sich darin einig, daß ihre Gespräche über die verbleibenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Regelung bestimmter Aspekte der Kampuchea-Frage fortgesetzt werden sollen.

(9) Die chinesische und die sowjetische Seite sind der Meinung, daß die Regelung der Kampuchea-Frage zur Beseitigung der Spannungen in Südostasien, zu einer gesunden Entwicklung der politischen Lage und zur Förderung von Frieden und Stabilität in dieser Region beiträgt." (XNA, 5.2.89)

Man muß zugeben, daß sich die chinesischen Kernvorstellungen über die Lösung der Kambodscha-Frage im wesentlichen durchgesetzt haben. Die Kernthesen waren bisher am schärfsten formuliert worden im Acht-Punkte-Vorschlag vom 17. März 1986, der zwar von der Regierung der DK-Dreierkoalition herausgegeben worden war, hinter dem als Spiritus rector aber offensichtlich die VR China gestanden hatte. Der damalige Vorschlag enthielt folgende Einzelelemente: (1) Die Dreierkoalition schlägt der SRV vor, über den Abzug der vietnamesischen Truppen zu verhandeln, und zwar mit dem Ziel eines Rückzugs in mehreren Phasen. (2) Sobald ein Übereinkommen über diesen Abzug erreicht ist, soll ein Waffenstillstand geschlossen werden, der es Vietnam ermöglicht, nach Maßgabe der Vereinbarungen seine Truppen abzuziehen. (3) Überwachung des Truppenabzugs sowie des Waffenstillstands durch die UNO. (4) Bildung einer Viererkoalitionsregierung mit Prinz Sihanouk als Präsident und Son Sann als Ministerpräsident. Alle vier Parteien sollen paritätisch an der Gestaltung der kambodschanischen Gesellschaft mitwirken. (5) Organisation freier Wahlen unter UNO-Aufsicht. (6) Rückerlangung der Souveränität, Errichtung eines friedlichen, neutralen und blockfreien Kambodscha ohne fremde Truppen; Garantie der Neutralität durch die UNO. (7) Annahme von Entwicklungshilfe aus Ost und West. (8) Friedensvertrag und Nicht-Angriffsabkommen mit der SRV. (Ausführlich dazu SOAa, Mai 1986, S.285 f.)

Die Punkte (1) und (2) haben sich durch die einseitige Truppenabzugserklärung Vietnams weitgehend erledigt. Über die Punkte (7) und (8) konnte es zwischen Moskau und Beijing von vornherein eigentlich keinen Dissens geben. Über die Punkte (3), (5) und (6) besteht Einigkeit - ebenso über die meisten Elemente des Punktes (4). Nur über die führenden Personen der angepeilten Provisorischen Koalitionsregierung konnte offensichtlich keine Einigung erzielt werden; die sowjetische Seite hatte hier offensichtlich Rücksicht auf vietnamesische Empfindlichkeiten zu nehmen.

Auch China mußte freilich in den sauren Apfel beißen und die Pol-Pot-Klausel anerkennen. Nirgends ist in dem Kommuniqué zwar ausdrücklich von der "Eliminierung der Pol-Potisten" die Rede, doch bedeutet die Formulierung, daß sich die "Praktiken der jüngsten Vergangenheit" nicht wiederholen dürfen, ein Zugeständnis Chinas an Grundvorstellungen der UdSSR, vor allem aber Vietnams. -we-

\*(3)

#### Wiederannäherung an Kuba

Vom 16.-21. Dezember 1988 hatte eine kubanische Außenhandelsdelegation unter Leitung des Außenhandelsministers Ricardo Cabrisas die VR China besucht. Beide Seiten vereinbarten, das "große Potential für beiderseitige Kooperations- und Handelsbeziehungen" auszubauen. (XNA, 21.12.88)

Bereits am 5. Dezember war in Beijing die erste kubanische Warenausstellung eröffnet worden. (XNA, 5.12.88)

Mitte Januar kam dann der kubanische Außenminister I. Malmierca zu einem Besuch nach Beijing und führte dort Gespräche mit seinem Amtskollegen Qian Qichen. 1960 hatten beide Staaten diplomatische Beziehungen eröffnet, doch war es dann im "schwärzesten Jahr" der chinesischen Außenpolitik, 1965, zur Abkühlung der beiderseitigen Beziehungen gekommen. Kuba stand damals vor der Wahl, ob es sich für Beijing oder Moskau entscheiden sollte - und es entschied sich aus naheliegenden Gründen für die UdSSR, was wiederum zur Folge hatte, daß es von nun an von der VRCh "geschnitten" und mit den "Revisionisten" in Moskau in einen Topf geworfen wurde.

Nachdem sich nun das sino-sowjetische Verhältnis gebessert hat, war es an der Zeit, auch das sino-kubanische Verhältnis wieder zu normalisieren. Ministerpräsident Li Peng wies bei einem Empfang des kubanischen Außenministers darauf hin, daß China und Kuba "sozialistische Länder" seien und daß sie deshalb ihre Gemeinsamkeiten auch zur Erweiterung ihrer beiderseitigen Beziehungen nutzen sollten. (XNA, 21.1.89)

Am 12. Januar applaudierte das offizielle China dem Rückzug der kubanischen Soldaten aus Angola. (XNA, 12.1.89)

Am 1. Januar 1989 kam zum erstenmal seit Castros Machtübernahme wieder eine chinesische Delegation aus Regierungs- und KP-Vertretern nach Kuba, um dort am Nationalfeiertag teilzunehmen. Die Delegation war begleitet von Handelsminister Hu Ping. Gerade eine Woche vorher hatte Castro persönlich der chinesischen Botschaft in Havanna als Zeichens seines Wunsches, die chinesisch-kubanischen Beziehungen zu bessern, einen Besuch abgestattet. -we-

**\*(4)  
Eröffnung einer "Botschaft des Palästinenser-Staats" in Beijing**

Am 21. Januar 1989 wurde in Anwesenheit des chinesischen Außenministers Qian Qichen in Beijing die "Botschaft des Palästinenser-Staats" eröffnet. Genau genommen handelt es sich hier lediglich um eine Umbenennung der früheren PLO-Vertretung in eine "Botschaft". Qian betonte bei dieser Gelegenheit, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten damit in "ein neues Zeitalter eingetreten" seien. (XNA, 21.1.89)

Nur wenige Tage vorher, am 9. Januar, war der chinesische Außenminister Qian Qichen und sein israelischer Amtskollege Moshe Arens in Paris zu der Vereinbarung gekommen, daß beide Seiten über ihre Ständigen Vertretungen bei der UNO in New York in permanentem Kontakt bleiben sollten. (XNA, 13.1.89)

Chinas Mittelostpolitik ist im Laufe der Jahre wie ein Mäander verlaufen. Nur in zwei Punkten ist Beijing sich immer treu geblieben, nämlich gegenüber der PLO und gegenüber Israel. Der Hauptgrund für diese Haltung war

die Gewißheit, daß die systematische Unterstützung der PLO denselben ungeteilten Beifall der arabischen Staaten findet wie eine zumindest verbal scharfe Anti-Israel-Politik. -we-

**\*(5)  
1988 - ein Lateinamerika-Jahr in der chinesischen Außenpolitik**

In den 80er Jahren ist der Austausch Chinas mit dem fernen Lateinamerika immer dichter geworden. 16 Präsidenten oder Ministerpräsidenten aus Lateinamerika sind in diesem Zeitraum nach China gekommen, umgekehrt haben chinesische Ministerpräsidenten zweimal Lateinamerika besucht. Allein 1988 kamen der argentinische Präsident Raul Alfonsin und der brasilianische Präsident José Sarney sowie der uruguayische Präsident Julio Maria Sanguinetti zu Staatsbesuchen nach China.

Bereits im Februar 1988 hatten China und Uruguay diplomatische Beziehungen aufgenommen. Ferner war der chinesische Vize-Premier Tian Jiyun nach Mexiko, und im Oktober 1988 der (inzwischen verstorbene) Panchen Lama an der Spitze einer NVK-Delegation nach Bolivien, Uruguay und Brasilien gereist. Außerdem hatte der (damalige Vize-Außenminister) Qian Qichen Gespräche mit den Außenministern von Argentinien, Mexiko, Kuba, Peru, Kolumbien, Ecuador und Uruguay geführt, und zwar am Rande der 43. Vollversammlung der UNO in New York.

Obwohl Taiwan noch mit einer Reihe von latein- und zentralamerikanischen Staaten diplomatische Beziehungen unterhält, konnte Beijing mit Uruguay den 20. Partner an sich binden. Die Länder, mit denen offizielle Beziehungen bestehen, "repräsentieren", wie stolz hervorgehoben wird (XNA, 30.12.88), "90% der Bevölkerung und 97% des Territoriums in Lateinamerika". Selbst unter den noch Taiwan-treuen Ländern gibt es aber bereits Absetzbewegungen. So kam beispielsweise 1988 der Vize-Präsident des honduranischen Nationalkongresses A.F. Guzman zu einem Besuch in die VRCh und forderte dort die Aufnahme offizieller Beziehungen seines Landes mit China. (XNA, 30.12.88)

Vom 16.-21. Dezember 1988 schließlich weilte eine kubanische Außenhandelsdelegation in China und leitete mit

ihrem Besuch einen diplomatischen Reigen ein, nachdem die Beziehungen zwischen beiden Staaten seit 1962 praktisch auf Eis gelegen hatten.

Obwohl der chinesisch-lateinamerikanische Handel noch verhältnismäßig unbedeutend ist, zeigt er immerhin ansteigende Tendenz. Ein Vertreter des chinesischen Außenhandelsministeriums nannte folgende Charakteristika der Handelsentwicklung i.J. 1988:

- Importe und Exporte steigerten sich beständig. Von Januar bis November 1988 habe das Außenhandelsvolumen 1,8 Mrd. US\$ betragen (= +18% gegenüber dem gleichen Zeitraum i.J. 1987).
- Auch der Besucheraustausch nehme ständig zu.
- China habe seine Exporte an elektrischen und technischen Produkten in die Region erhöht.
- China habe u.a. vier Fischereischiffe in einem Gesamtwert von 4 Mio. US\$ nach Argentinien und über 20.000 t Kohle nach Chile exportiert.
- Alles in allem liege der chinesische Außenhandel gegenüber Lateinamerika im Defizit. (XNA, 13.1.89) -we-

**\*(6)  
Zehn Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Beijing und Washington**

Am 15.12.1988 empfing Staatspräsident Yang Shangkun in der Volkskongreßhalle den amerikanischen Botschafter Winston Lord, um mit ihm auf den 10. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA anzustoßen. China hoffe, daß sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf der Grundlage der drei chinesisch-amerikanischen Kommuniqués weiterentwickeln: Gemeint sind damit das Kommuniqué bei der Aufnahme der Beziehungen, ferner das Shanghai-Kommuniqué von 1972 und die Vereinbarung über eingeschränkte Waffenlieferungen der USA an Taiwan.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten waren am 1. Januar 1979 aufgenommen worden. Erster Botschafter war der heutige Präsident Bush. (RMRB, 16.12.88)

Die USA sind nach Japan und Hongkong der wichtigste Handelspartner Chinas, haben etwa 10.000 chinesische Studenten bei sich aufgenommen, spielen als Technologie-Lieferant eine Schlüsselrolle und haben auch im Bereich der Volksdiplomatie zahlreiche Meriten: Neben Zehntausenden von amerikanischen Touristen, die jährlich nach China kommen, gibt es inzwischen auch 63 Provinz- und Städtepartnerschaften, die seit 1979 entstanden sind. Den Anfang machte hier die Verbindung zwischen der Provinz Hubei und dem Staat Ohio. Technologisch hat sich China als gelehriger Schüler erwiesen: Inzwischen wurden bereits mehrere Memoranda über die Entsendung amerikanischer Satelliten durch chinesische Raketen geschlossen. (XNA, 23.12.88) -we-

#### \* (7) Rajiv Gandhi in China

Vom 17.-19. Dezember 1988 besuchte der indische Ministerpräsident die VR China und krönte damit eine Entwicklung, die im Dezember 1981 mit Verhandlungen auf Vize-Außenminister-Ebene begonnen hatten (ausführlich zu den ersten Gesprächsrunden vgl. C.a. November 1983, Ü 3, ferner C.a. Mai 1988, Ü 5) und die in der Zwischenzeit bereits in einem Handelsvertrag, in einem Kulturabkommen und in weiteren Vereinbarungen ihren Niederschlag gefunden haben. (Näheres dazu C.a. Juni 1988, Ü 2) Gandhis Visite war der erste Besuch eines indischen Ministerpräsidenten seit 34 Jahren.

Zahlreiche Konflikte hat es zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Asiens gegeben, nämlich die fortdauernde indische Anlehnung an die Sowjetunion, die durch einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag von 1971 begründet worden war, ferner die Grenzfrage, die beim Himalaya-Krieg 1962 in ihrer ganzen Schärfe deutlich geworden war, des weiteren die langjährige Unterstützung von Guerillabewegungen in Nordost-Indien durch China, der Bau der Karakorum-Hochstraße durch die Chinesen, die pakistansisch-chinesischen Sonderbeziehungen, die enge (angeblich anti-indische) Zusammenarbeit Chinas mit einigen Nachbarstaaten Indiens, die "Annexion Sikkims" durch Indien und die diplomatische Anerkennung der kambodschanischen Heng Samrin-Regierung durch Delhi im Juli 1980.

Außenpolitisch denken die Inder in den Grenzen des alten britischen Imperiums, das auch Pakistan und Bangladesch umfaßte. Die hegemoniale Stellung Indiens im gesamten südasiatischen Bereich wird nicht nur wegen dieses historischen Vermächtnisses, sondern auch wegen der schieren Größe Indiens als natürlich empfunden und ist ein Leitmotiv indischer Außenpolitik. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand: enge Beziehungen zur Sowjetunion, die den Regionalhegemonismus Indiens unterstützt; Rivalität zu China, der anderen asiatischen Großmacht, die diesem Anspruch entgegentritt; Unterstützung Vietnams, das - parallel zu Indien - die Führungsrolle auf dem südostasiatischen Festland beansprucht - und paternalistische Haltung gegenüber den eigenen Nachbarn (Pakistan, Bangladesch, Nepal und Sri Lanka), die nun wieder ihrerseits Anlehnung an China suchen.

Lange Zeit schienen die Pflöcke der Feindschaft zwischen beiden Staaten für alle Ewigkeit eingeschlagen. Doch inzwischen hat sich einiges verändert - und zwar nicht erst im Gefolge der Gorbatschow-Politik, die auf eine Spannung nicht nur in Europa, sondern auch in Asien hinausläuft.

Der Besuch Gandhis in China lag nicht nur in der Logik der seit 1981 laufenden Verhandlungen, sondern entspricht auch den außenpolitischen Entwicklungen der Sowjetunion: Wenn Moskau sich mit Beijing versöhnt, so kann Delhi hier nicht abseits stehen. Außerdem gibt es in Indien in der Zwischenzeit eine Denkschule, die chinafeindlich ausgerichtet ist: 1962 liegt inzwischen so weit zurück, daß die Schmach von damals endlich vergessen werden sollte. Nicht zuletzt aber streckt China den Indern seit langem die Hand entgegen: Beide Länder sollten sich an die exzellenten Beziehungen in den frühen 50er Jahren erinnern und nicht vergessen, daß zwischen Nehru und Zhou Enlai die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zum erstenmal international ausgehandelt worden seien. Beiden Seiten sei am besten gedient, wenn sie wieder "gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen aufnahmen". (So Ministerpräsident Li Peng, XNA, 20.12.88)

Im Dezember 1988 nahmen die Freundschaftsgesellschaften Chinas und Indiens (die letztere nennt sich nach dem indischen Arzt Kotnis "All-

Indian-Dr.Kotnis-Memorial-Committee") wieder offizielle Beziehungen auf. (XNA, 19.12.88) Dabei hieß es, daß die beiden Völker seit über 2.000 Jahren enge Freundschaft pflegten. Dies war zugegebenermaßen etwas allzu pathetisch ausgedrückt, entspricht aber durchaus der langsam wieder aufkommenden Stimmungslage.

Was die Grenze anbelangt, so müssen sich die Inder darüber Gedanken machen, ob sie nicht die von China vorgeschlagene "Paketlösung" akzeptieren, wonach China den von ihm beanspruchten "Westsektor" mit der Aksai-Chin-Straße, Indien aber den "Ostsektor" bekommen sollte. Auf diese Weise würden beiderseits etwa 36.000-40.000 qkm ausgetauscht. Indien weigerte sich lange Zeit, auf diesen Vorschlag einzugehen: Allzu tief saß der Schock von 1962 und der damals erlittene Gesichtverlust.

Die Grenzfrage kam schon gleich bei der ersten Besprechung zwischen Li Peng und Gandhi am 19.12. zum Ausdruck. Beide wiesen darauf hin, daß bei gutem Willen sogar das Grenzproblem, "das noch aus der Geschichte übrig ist, nach dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung und gütlichen Einigung gelöst werden kann". (XNA, 19.12.88)

Auch Rajiv Gandhi hatte gleich bei seiner Ankunft den Willen der indischen Regierung bekräftigt, das Grenzproblem durch einvernehmliche Verhandlungen und wechselseitige Kompromißbereitschaft zu lösen und damit den Hauptstörfaktor in den bilateralen Beziehungen auszuräumen.

Bei seiner Ankunft auch stellte Gandhi bereits klar, daß Tibet aus indischer Sicht zur VR China gehöre und daß Indien es nicht dulden werde, daß irgendeine politische Kraft (gemeint war offensichtlich der Dalai Lama) sich in Chinas innere Angelegenheiten einmische. (XNA, 20.12.88)

Deng Xiaoping betonte seinem Gast gegenüber, daß "China und Indien die 'unerfreuliche Vergangenheit' möglichst schnell vergessen sollten. (XNA, 22.12.88) Die Grenzfrage müsse auf friedliche Weise gelöst werden. Es sei Zeit, nicht mehr in die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft zu blicken. Deng wurde fast sentimental: "Als Ihr Großvater, begleitet von Ihrer Mutter Indira Gandhi 1954 Beijing besuchte, hatte ich die Ehre, sie als Vize-Premier zu empfangen."

Wie zu erwarten, kamen beim Gandhi-Besuch nur wenige konkrete Vereinbarungen zustande. U.a. wurden drei Abkommen über den Ausbau der Zusammenarbeit unterzeichnet, nämlich über direkte Flugverbindungen zwischen Delhi und Beijing, über eine Kooperation auf den Gebieten Wissenschaft und Technologie sowie ein dreijähriges Kulturaustauschprogramm. Die Grenzfrage blieb dagegen nach wie vor offen. Beschlossen wurde lediglich die Einrichtung einer "Gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Grenzfrage", die weitere Einzelheiten für eine Verhandlungslösung erarbeiten soll. (Radio Delhi in SWB, 23.12.88)

Zum Abschluß seiner Visite besuchte Gandhi noch die alte Hauptstadt Xi'an sowie Shanghai. Im gemeinsamen Pressecommuniqué vom 23. Dezember 88 heißt es u.a., daß das Gespräch in einer Atmosphäre der Freundschaft, Offenheit und des gegenseitigen Verständnisses stattgefunden habe. Staatspräsident Yang Shangkun, KP-Generalsekretär Zhao Ziyang und der Vorsitzende des ZK-Militärausschusses, Deng Xiaoping sowie Ministerpräsident Li Peng seien Hauptgesprächspartner des indischen Gastes gewesen. Drei Abkommen seien unterzeichnet worden. Beide Seiten sähen einer künftigen Kooperation vertrauensvoll entgegen. Die Fünf Prinzipien müßten auch künftighin die Grundlage zwischen beiden Seiten abgeben. Die Grenzfrage sei eingehend diskutiert worden, und man sei sich darüber einig, daß eine Lösung durch friedliche und freundschaftliche Konsultationen herbeizuführen sei. U.a. werde eine "Gemeinsame Arbeitsgruppe zur Grenzfrage" eingerichtet, darüber hinaus aber auch eine "Gemeinsame Arbeitsgruppe über Beziehungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet".

Die chinesische Seite habe ihre Sorge über antichinesische Aktivitäten einiger tibetischer Elemente in Indien zum Ausdruck gebracht. Die indische Seite habe darauf geantwortet, daß Tibet eine Autonome Region der VR China sei und daß eine Antichina-Agitation auf indischem Boden nicht geduldet werde.

Im internationalen Bereich träten Dialog und Entspannung nach und nach an die Stelle von Konfrontation und Konflikten. Dies sei eine begrüßenswerte Entwicklung. (XNA, 24.12.88)

Nur wenige Tage vor dem Gandhi-Besuch war die neue pakistanische Ministerpräsidentin Benazir Bhutto zu einem offiziellen Besuch in die VR China eingeladen worden. China und Pakistan haben insbesondere seit dem chinesisch-indischen Krieg im Jahre 1962 stets gute Beziehungen zueinander unterhalten. Beijing unterstützte dabei jede Regierung in Islamabad, auch die des im August bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Präsidenten Zia ul' Haq. Der Besuch wird vom 11.-14. Februar 1989 stattfinden. (XNA, 23.1.89) -we-

\*(8)

#### Iranischer Außenminister in China

Mitte Dezember besuchte der iranische Außenminister Welayati die VR China. Bei einer Besprechung mit Zhao Ziyang wiesen beide Seiten auf die "reibungslose Entwicklung" der chinesisch-iranischen Beziehungen hin. Zhao gratulierte den Iranern nochmals zur Annahme der Resolution 598 des UNO-Sicherheitsrats, die zur Beendigung des Kriegs mit dem Nachbarn Irak geführt habe. (XNA, 17.12.88)

Mit dem Iran hatte China immer schon, ebenso wie mit Pakistan, exzellente Beziehungen, da beide Staaten lange Jahre hindurch zu den antihegemonistischen Hauptbausteinen im Mittleren Osten gehört hatten. Diese Tradition wird nun offensichtlich einstweilen fortgesetzt, obwohl die Politik des Antihegemonismus im Zeichen der neuen Gorbatschow-Politik an Aktualität verloren hat.

Der frühere Ministerpräsident Hua Guofeng war der letzte ausländische Besucher gewesen, der dem Schah vor seinem Sturz einen offiziellen Besuch abgestattet hatte. Während des iranisch-irakischen Kriegs hatte China die beiden Kriegsgegner mit Waffen unterstützt und dem Iran jene Seidenraupen-Raketen geliefert, mit denen auch Ölschiffe anderer Nationalitäten in Brand geschossen wurden.

Aus der Golfregion liegen Berichte vor, denen zufolge der Iran vor dem Waffenstillstand mit dem Irak (20.8.88) noch eine Lieferung von rd. 50 Kampfflugzeugen aus China erhalten habe. Es soll sich dabei um auseinandergenommene chinesische Mig-Versionen vom Typ J-6 und F-7 sowie um eine Reihe von Luft-Luft-Raketen handeln, die an die Flugabteilung der Revolutionsgarden - und nicht etwa an die reguläre Luftwaffe - geliefert worden sind. -we-

\*(9)

#### Direkte Luftlinie zwischen China und Österreich

Am 29.12.1988 einigten sich Austrian Airlines und CAAC grundsätzlich über Verhandlungen im Hinblick auf eine direkte Luftlinienverbindung zwischen Beijing und Wien. Flüge von Beijing nach Wien mit der CAAC sollen in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 aufgenommen werden und umgekehrt Flüge von Wien nach Beijing mit Austrian Airlines im Sommer 1991 beginnen. (XNA, 29.12.88) -we-

\*(10)

#### Probleme mit afrikanischen Studenten

Anfang 1989 studieren in der VR China rd. 1.500 afrikanische Studenten - dies sind immerhin ein Viertel aller Auslandsstudenten. Fast jedes Jahr kommen 300 neue Studenten aus Afrika nach China, um nahezu sämtliche Fächer, von Maschinenbau bis hin zu Internationaler Politik, zu belegen. Der Studentenaustausch mit afrikanischen Ländern begann bereits in den 60er Jahren. Die meisten afrikanischen Studenten in China haben ein Stipendium, das in aller Regel von der chinesischen Seite finanziert wird. Dieses Stipendium räumt ihnen Unterkunft, medizinische Versorgung, Studium und die Kostendeckung für eine Reise innerhalb des Landes pro Jahr ein. Zusätzlich erhalten sie 263 Yuan Taschengeld. Nach chinesischer Schätzung sind die Kosten für das Stipendium eines afrikanischen Studenten etwa dreimal so hoch wie die für einen chinesischen Studenten.

Umgekehrt befinden sich z.Z. rd. 300 chinesische Studenten in afrikanischen Ländern, um dort hauptsächlich Sprachen zu studieren, u.a. Arabisch, Swaheli, Englisch, Französisch und Portugiesisch. (XNA, 1.1.89)

Angesichts dieser als Großzügigkeit empfundenen Politik erscheint der chinesischen Seite das Verhalten zahlreicher afrikanischer Studenten in jüngster Zeit als ungerecht und undankbar.

Schwierigkeiten mit afrikanischen Studenten hat es im Laufe der Zeit schon mehrere Male gegeben. Um die Jahreswende 1988/89 aber erreichten sie eine neue Qualität.

Die Ereignisse nahmen ihren Anfang am 24. Dezember 1988, als zwei afrikanische Studenten der Nanjinger Hehai-Universität zusammen mit zwei chinesischen Begleiterinnen auf dem Campus eine Tanzveranstaltung besuchen wollten, jedoch vom Türsteher daran gehindert wurden, weil sie sich nicht ausweisen und ihre Namen registrieren lassen wollten. Als noch weitere Angestellte der Universität hinzukamen und den Türsteher in seiner Haltung bestärkten, kam es zu Schlägereien, denen sich auf chinesischer und afrikanischer Seite weitere Teilnehmer anschlossen. 11 Chinesen und zwei Afrikaner wurden dabei verletzt.

Am nächsten Tag, dem 25.12., zogen rd. 2.000 chinesische Studenten demonstrativ vor das Wohnheim ihrer ausländischen Kommilitonen und bombardierten es mit Steinen und Flaschen. Sie riefen in Sprechchören: "Nieder mit den schwarzen Teufeln" und "Schwarze Teufel haut ab". U.a. protestierten sie auch gegen die Privilegien der Ausländer in China. Einige Dutzend afrikanische Studenten flüchteten daraufhin zum Bahnhof, um die Stadt zu verlassen, wo sie von der Polizei jedoch am Besteigen des Zuges gehindert wurden. Einigen hundert Chinesen, die zum Bahnhof hin nachgedrängt hatten, gelang es, die Polizeiabsperungen zu durchbrechen. Sie forderten eine strenge Bestrafung der afrikanischen Studenten und schrien immer wieder, daß man die "schwarzen Teufel" (Hei guizi) umbringen solle.

Sämtliche Studenten Nanjings wurden daraufhin am 26.12.88 in ein Hotel nach Yizheng, einem Vorort von Nanjing, ausquartiert - aus Sicherheitsgründen, wie es hieß.

Einem Reuter-Bericht zufolge kam es zu weiteren Zwischenfällen, als etwa 300 Polizisten am 1.1.89 das Ausweichquartier der afrikanischen Studenten stürmten, wo sich die 158 afrikanische Studenten inzwischen verbarrikadiert hatten, weil sie nicht an den Ermittlungen mitwirken wollten, die Aufschluß über die in der vorangegangenen Woche ausgebrochenen Unruhen an der Hehai-Universität geben sollten. Sie verweigerten angeblich auch die Auslieferung von neun Afrikanern, die bei den Zusammenstößen auf dem Campus eine führende Rolle gespielt hatten. Daraufhin seien die Polizisten mit Gewalt in das Gebäude eingedrungen und hätten u.a. zwei Studenten aus Benin gezwungen sich auszuziehen, und sie sodann mit Elektroschocks mißhandelt.

Die chinesische Seite, vor allem der Direktor der Hehai-Universität, Liang Ruiju, bezeichnete diese Berichte als reine "Erfindungen" der Voice of America. (BRu Nr.3, S.6) Er, Liang, habe persönlich bei den afrikanischen Studenten Nachforschungen angestellt und sei eines anderen belehrt worden. Keiner der Studenten habe erklärt, er sei irgendeiner physischen Gewaltanwendung ausgesetzt gewesen.

Leider hätten sich einige chinesische Studenten zu "diskriminierenden Ausdrücken" hinreißen lassen, doch habe die Universitätsleitung die Studenten dafür "kritisiert".

Außerdem seien in der Zwischenzeit Botschaftsangehörige einiger afrikanischer Länder zusammen mit anderen hochrangigen Diplomaten nach Nanjing geflogen, um sich über die Zusammenstöße an Ort und Stelle ein Bild zu verschaffen. (XNA, 7.1.89)

Bei der Festnahme sollen einige afrikanische Studenten Schüsseln und Teller auf den Boden geschmissen und Fenster zertrümmert haben, um auf diese Weise die Polizei daran zu hindern, ihren Auftrag auszuführen. (XNA, 7.1.89)

Die Afrikaner wurden in den nächsten Tagen von den Professoren und sogar den Präsidenten aller jener Schulen aufgesucht, die von den Unruhen erfaßt worden waren, nämlich der Nanjing-Universität und der "Universität für pharmazeutische Wissenschaften" sowie der Dongnan-Universität und der Hehai-Universität. Die Studenten kehrten daraufhin zwischen dem 3. und dem 5. Januar alle wieder zu den Vorlesungen zurück. (XNA, 7.1.89)

Der Zornesausbruch in Nanjing hatte eine längere Vorgeschichte. Immer wieder hatte es dort - wie übrigens auch an anderen Universitäten - Schwierigkeiten zwischen Ausländern, vor allem Schwarzen, und den Aufsichtsbeamten der Universität gegeben. Will ein chinesischer Student auf dem Campus ein Ausländergebäude betreten, so muß er sich ausweisen und Besucherzettel ausfüllen. An der Hehai-Universität hatten die Schwarzafrikaner durchgesetzt, daß diese als "Diskriminierung" empfundene Maßnahme in ihrem Fall unterblieb. Da die afrikanischen Studenten auf diese Weise Gelegenheit bekamen, u.a. chinesische Mädchen mit in ihre Unterkunft zu schleusen, griff die Universitätspolizei

schon bald zu repressiven Maßnahmen, indem sie zwar nicht den Meldezwang wieder einführte, wohl aber damit begann, eine Mauer um das Afrikaner-Gebäude zu ziehen, - eine Maßnahme, die offiziell als Sicherheitsmaßnahme bezeichnet wurde. Die afrikanischen Studenten, die das Vorhaben erst bemerkten, als die Mauer bereits errichtet wurde, wehrten sich auf der Stelle und rissen zweimal das frische Mauerwerk wieder um. Daraufhin ging der für Ausländer zuständige Universitätsbeamte zur Bank, wo er von den Konten der afrikanischen Studenten Geld abhob, um den Schaden zu decken - ein zugegebenermaßen etwas merkwürdiges Verfahren! Die betroffenen Studenten wiederum marschierten empört zur Bank, besetzten sie und hielten alle Anwesenden fest, bis sie ihr Geld zurückbekamen.

Neben diesen lokalen Besonderheiten gibt es aber auch noch eine allgemeine Stimmung gegen Schwarze, die diesen immer häufiger entgegenschlägt: Die meisten Afrikaner gelten in den Augen der Chinesen als halbwild, schmutzig, dumm und nicht zuletzt auch als potentielle Aids-Träger. Frauen, die sich mit ihnen einlassen, werden für geistig beschränkt gehalten, wenn sie nicht ohnehin schon von vornherein als Prostituierte gelten. Auch sind Chinesen und Afrikaner geradezu Antipoden verschiedener Verhaltenskulturen: Während die Chinesen von Kind auf zu strenger Kontrolle ihrer Emotionen, zu zurückhaltender Körpersprache und zu Berechenbarkeit im sozialen Umgang erzogen werden, liebt der Durchschnittsafrikaner Spontanität, verabscheut steifes Benehmen und drückt seine Empfindungen gerne somatisch aus.

Hinzukommt auf chinesischer Seite noch ein ausgeprägtes Hautfarbembewußtsein, das übrigens vor allem bei den Auslandschinesen in Südostasien besonders deutlich zutage tritt, die z.B. ihre malaiischen Mitbewohner gern als "unsere braunen Nachbarn" bezeichnen.

Die Abneigung gegenüber den Afrikanern drückt sich häufig in unhöflichem Verhalten an den Schaltern von Büros, Postämtern oder Geschäften aus.

Da die Afrikaner meistens aus den gehobenen Schichten ihres Landes stammen, können sie sich mit solchen rassistischen Anfeindungen schwer abfinden und neigen ihrerseits zu Über-

reaktionen. Überdies empfinden sie ihr Studium in China ohnehin als eine Art Verbannung, da sie sich in aller Regel um Stipendien in Ländern der westlichen Welt beworben hatten. Wer sich beispielsweise für ein Architektur-Studium in Paris angemeldet hatte, dann aber als Student der Theaterwissenschaften nach Nanjing geschickt wurde, wird nicht gerade beglückt über sein Schicksal sein.

Der Nanjinger Funke sprang auf andere Universitäten Chinas über, wo Studenten aus Afrika in einen Vorlesungsstreik traten und gegen die "Rassendiskriminierung" protestierten: Man treffe in China auf eine Mauer von Apartheid, die unerträglich sei.

So traten z.B. in Hangzhou 51 afrikanische Studenten der dortigen Universität in Streik und besetzten das Landwirtschaftsinstitut, um ihrer Forderung nach Heimkehr Nachdruck zu verleihen. Sie protestierten nicht nur gegen die Maßnahmen in Nanjing, sondern wollten sich auch gegen die u.a. in Zeitungsartikeln verbreitete Ansicht zur Wehr setzen, sie seien Träger des Aids-Virus.

In der Landwirtschaftshochschule von Hangzhou hatte, nach Angaben eines afrikanischen Studenten, eine Telefonistin die Annahme eines Gesprächs verweigert, und die Anruferin warnte: "Sei vorsichtig, die Afrikaner haben doch alle Aids". Sämtliche ausländischen Studenten müssen sich außerdem bei ihrer Ankunft in China einem Aids-Test unterziehen. Im November 1988 war aus Hangzhou ein mit Aids infizierter kongolesischer Student wieder in seine Heimat zurückgeschickt worden.

Gestreikt wurde Anfang Januar auch an der Beijinger Fremdsprachenschule - eine Tatsache, die den Behörden unangenehm war, da in der Hauptstadt die ausländischen Korrespondenten konzentriert sind, die, wie man wußte, nur darauf warteten, die Nachrichten über angebliche "Rassendiskriminierungen" in alle Welt hinauszuposaunen.

Am 5.1. gab ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bei einer Pressekonferenz in Beijing bekannt, daß drei ausländische Studenten im Zusammenhang mit den Zwischenfällen in Nanjing festgenommen worden seien. Einer der drei Verhafteten sei des Verbrechens der Körperverletzung

angeklagt, die beiden anderen würden aus disziplinarischen Gründen festgehalten. Auf keinen Fall könnten die Zwischenfälle die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und den afrikanischen Ländern beeinträchtigen. Als Entwicklungsland trete China entschieden für die Festigung und Entwicklung der Einheit und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt ein. Rassendiskriminierung sei den Chinesen entschieden zuwider. Sie selbst protestierten bekanntlich seit vielen Jahren gegen die Apartheid-Politik Südafrikas. (XNA, 5.1.89) Bei den Vorkommnissen handele es sich um "Einzelfälle".

Mitte Januar verfaßten einige afrikanische Studenten in Beijing ein Protestschreiben, das sie im dortigen UNESCO-Büro sowie den 38 afrikanischen Botschaften vorlegen wollten. Darin heißt es, daß "wir uns in Lebensgefahr befinden, wenn wir in China bleiben. Die Diplomaten wissen dies sehr gut, zwingen uns aber trotzdem, gegen unseren Willen im Land zu bleiben". Nahezu alle 1.500 afrikanische Studenten wollten nach Hause zurückkehren.

Während die Boykotts in Nanjing wieder eingestellt wurden, setzten rd. 500 afrikanische Studenten der Beijinger Fremdsprachenschule einstweilen ihren Vorlesungsboykott fort, um gegen die Inhaftierung der drei schwarzen Studenten in Nanjing zu protestieren.

Es kam aber auch zu Gegendemonstrationen: Rd. 100 Studenten der Fremdsprachenschule Beijings protestierten in einer friedlichen Demonstration auf dem Schulgelände gegen das Verhalten einiger afrikanischer Kommilitonen gegenüber chinesischen Studentinnen. Auf einem Spruchband und auf Handzetteln beschrieben sie einen Vorfall in der Neujahrsnacht, bei dem ein Afrikaner sich vor dem Mädchenrakt der Hochschule einer Kommilitonin genähert habe, woraufhin diese in Panik geraten und schwer gestürzt sei. Wann endlich wolle man den Schuldigen seiner gerechten Strafe entgegenführen!?

In der Vergangenheit hatte es schon mehrere Zwischenfälle zwischen Chinesen und afrikanischen Studenten gegeben. Eingeleitet wurde die Entwicklung durch den "Zwischenfall" am Shanghaier Textilinstitut im Juli 1979, der in seinen Umrissen bereits alle je-

ne Ursachen und Begleiterscheinungen erkennen ließ, die für ähnliche Zusammenstöße seither typisch geworden sind: während die chinesischen Studenten dort ihrem "Xiuxi" - einer Art Siesta - nachgehen wollten, drehten die afrikanischen Kommilitonen ihre Radios voll auf und tanzten im Hof. Außerdem wurde ihnen vorgeworfen, chinesische Studentinnen anzumachen. Nach einigen Wochen hatte sich die Stimmung derart aufgeheizt, daß sich die Schmährufe "hei guizi" (Schwarze Teufel) häuften und die Beschimpften zum Messer griffen. Nicht weniger als 13 afrikanische Botschaften schalteten sich ein und sprachen - damals noch hinter vorgehaltener Hand - von "Rassismus".

Nichts konnte für das offizielle Beijing peinlicher sein als ein solcher Vorwurf: Hatte sich die Regierung der Volksrepublik doch schon seit Jahren an die Spitze der Anti-Apartheid-Politik gestellt und auch im eigenen Land versucht, "rassistischen Diskriminierungen" die Spitze abzuberechen. Schon gleich nach 1949 sprach man deshalb nicht mehr von "Heiren" (Schwarzen), sondern "Afrikanern". Gemeinsamkeiten wurden betont: Man erwähnte auch gern "unser" Kolonialschicksal - und sprach von "uns", wenn es um Entwicklungsländer ging. Damals wurde auch eine berühmte Zahnpasta mit der Bezeichnung "Heiren yagao" ("Mohrenzahnpasta" oder Englisch "Darky") umbenannt - es gibt sie allerdings heute noch in Taiwan.

Trotz solcher kosmetischer Maßnahmen wurden allerdings die meisten Afrikaner das Gefühl nicht los, sie würden lediglich als Alibi für großartige Bekundigungen der Völkerfreundschaft mißbraucht.

In der Tat kam es dann auch zu weiteren Zwischenfällen mit den Schwarzen. Am spektakulärsten nach 1979 waren die Schlägereien zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten 1986 in der Hafenstadt Tianjin. 18 Afrikaner waren daraufhin nach Beijing geflohen und rd. 200 afrikanische Studenten hatten erneut gegen "rassistische Diskriminierung" protestiert.

Am 24. Januar wurde die Haft des ghanaischen Studenten Dosoo, der am 24. Dezember den Torsteher verletzt hatte, um fünf Tage vorzeitig aufgehoben. Das Büro für Öffentliche Sicherheit in Nanjing erklärte diesen Schritt damit, daß der Präsident der Hehai-

Universität im Interesse der Freundschaft zwischen China und Ghana um diese Gnade gebeten hatte. (XNA, 24.1.89) Auch die beiden Verhafteten aus Benin wurden auf freien Fuß gesetzt. (XNA, 25.1.89) Zwei der Inkriminierten - der Student aus Benin und der aus Ghana - wurden des Landes verwiesen. Ein weiterer Student aus Zaire sei, hieß es gerüchteweise, vom Polytechnischen Institut Nanjing exmatrikuliert worden.

Das Außenministerium in Beijing leugnete, daß auch nur ein einziger afrikanischer Student des Landes verwiesen worden sei. Allerdings kehre ein Afrikaner zurück, doch auf gar keinen Fall aufgrund eines "Landesverweises". (XNA, 20.1.89)

Die Meinungen über die Zwischenfälle sind geteilt. Die meisten ausländischen Beobachter zeigten Verständnis für die Klagen der Afrikaner. Doch gibt es auch westliche Beobachter, die für das ewige Lamentieren vieler afrikanischer Studenten wenig Verständnis aufzubringen vermögen: "Sie protestieren gegen alles und jedes, gegen schlechtes Essen, niedrige Unterstützungen und inflexible Curricula. Dauernd suchen sie nach irgendwelchen Anlässen für Demonstrationen." (Asia, 13.1.89)

Auch unter den afrikanischen Diplomaten gab es Meinungsverschiedenheiten: Einige von ihnen, die sich an Ort und Stelle ein unmittelbares Bild verschafft hatten, (XNA, 7.1.89) billigten die Maßnahmen der Hehai-Universität zur Wiederherstellung der Ordnung. (XNA, 7.1.89) Sie betonten auch, daß es sich hier nur um isolierte Einzelfälle handele, die die chinesisch-afrikanische Freundschaft nicht stören könne. (XNA, 8.1.89) Unter anderem besuchten die Diplomaten auch die eingeschperrten Studenten sowie das chinesische Personal, das von den Afrikanern verletzt wurde. (XNA, 7. und 8.1.89)

Ein anderer afrikanischer Diplomat dagegen meinte, daß die Vorgänge die afrikanisch-chinesischen Beziehungen ernsthaft geschädigt hätten. Ein großes Fragezeichen hänge nun über der Zukunft des afrikanischen Studentenprogramms in China. Für die Chinesen auf der Straße, "ob Kind oder Greis", sind Afrikaner "minderwertige Wesen, die arm, schmutzig und böse sind und keine anständige Behandlung verdienen", beklagten sich die Studenten. (SZ, 19.1.89)

Die chinesische Seite gab sich zurückhaltend. Während die Unruhen mit den Studenten weitergingen, empfing die chinesische Staatsführung den Präsidenten von Mali und feierte nun um so nachdrücklicher die "chinesisch-afrikanische Freundschaft". (XNA, 26.1.89)

Die Zwischenfälle könnten, hieß es immer wieder, den Studentenaustausch Chinas mit anderen Ländern nicht beeinträchtigen. (XNA, 5. und 7.1.89)

Peinlich, daß inzwischen der libysche Revolutionsführer Gaddafi angeboten hat, afrikanische Studenten, die nicht länger in China bleiben wollen, in Libyen aufzunehmen und ihnen dort Ersatzstipendien anzubieten. Angeblich wollen "96% der in China studierenden Afrikaner" das Land so schnell wie möglich verlassen. In Gaddafis Angebot sehen sie eine "Chance für alle". -we-

\*(11)

**Die Tansam-Eisenbahn arbeitet inzwischen mit Profit**

Auf Befehl Mao Zedongs ("diese Eisenbahnlinie muß gebaut werden") startete China im Jahre 1970 sein größtes Entwicklunghilfeprojekt, nämlich den Bau einer Eisenbahn zwischen dem kupferreichen Sambia nach Daressalam in Tansania. Vor allem Sambia war damals noch von nahezu sämtlichen Seiten her von Kolonien umschlossen (Angola, Mozambique und Rhodesien). Hinter der Hilfsaktion standen also auch politische Überlegungen Chinas: Es wollte sich als Vorbild anticolonialistischer Solidarität präsentieren.

Das Projekt, dessen Finanzierung vorher von der Weltbank abgelehnt worden war, kam die Chinesen teuer zu stehen und kostete sie einen Betrag von 988 Mio.Yuan, die damals noch zinsfrei gegeben wurden und die, von 1993 an, in 30 Jahren zurückgezahlt werden sollten. Außerdem wurden Tausende von Ingenieuren und Technikern zum Bau der Linie entsandt.

Die Bahn war im Juli 1976 fertig und produzierte die nächsten sieben Jahre, also bis 1983, Verluste. Erst nachdem China sich bereit erklärt hatte, weitere technische Hilfe nachzuschießen und auch bei der Eisenbahnverwaltung auszuhelfen, begann die Linie 1983 schwarze Zahlen zu schreiben. Zwi-

schen 1983 und Ende 1988 konnten insgesamt 37 Mio.US\$ erwirtschaftet werden. Seit der Eröffnung wurden mit der Bahn 12 Mio.t Güter und 14 Millionen Passagiere transportiert. (XNA, 11.1.89) -we-

\*(12)

**1,84 Mio. ausländische Touristen 1988**

1988 besuchten insgesamt 1,84 Mio. ausländische Touristen im Rahmen organisierter Reisen die Volksrepublik China. Dies sind 6,6% mehr als 1987. Die meisten Touristen kamen aus Japan, gefolgt von US-amerikanischen Touristen. Wesentlich höher lag die Zuwachsrate bei den organisierten Reisen für Auslandschinesen und Touristen aus Hongkong, Macau und Taiwan: 2,46 Millionen chinesische Touristen bedeuteten einen Zuwachs von 18,9% im Vergleich zu 1987. Den wesentlichen Anteil an diesem Zuwachs dürften die Besucher aus Taiwan haben, deren Zahl über 400.000 betrug. Die Einnahmen aus dem Tourismus betragen 2,22 Mrd. US\$, das sind 19,4% mehr als 1987. Nach Auskunft des Leiters des Zentralen Tourismusamts, Liu Yi, sind die Preise für Touristenreisen 1989 um 10% angehoben worden. Probleme, die vorrangig gelöst werden müßten, bestünden im Transportbereich (Flug und Bahn) und in der Qualität der Verpflegung. Insgesamt reisten 1988 31,27 Millionen Personen in die Volksrepublik China ein. (RMRB, 26.1.89) -sch-

\*(13)

**Weitere 29 Städte und Kreise in Anhui und Xinjiang für Ausländer geöffnet**

Weitere 29 Städte und Kreise Chinas sind für Ausländer mit einem gültigen Visum oder einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung geöffnet worden, d.h. für den Besuch dieser Orte und Gebiete ist keine Sondergenehmigung mehr erforderlich. Es handelt sich ausschließlich um Städte und Kreise in der Provinz Anhui und in dem Autonomen Gebiet Xinjiang, darunter die Städte Yining, Altay und Karamay in Xinjiang. Die *Volkszeitung* veröffentlichte eine vollständige Liste der 29 Orte und Gebiete in ihrer Ausgabe vom 19. Januar 1989. Damit hat sich die Zahl der für Ausländer "geöffneten" (kaifang) Städte und Kreise auf insgesamt 571 erhöht. -sch-